



Wie hält es Kleinwallstadt mit der AfD?

Analyse: Parteien im Gemeinderat tun sich schwer mit aktivem Protest gegen Rechts – Stattdessen Vortrag »Ja zur Demokratie«



Von unserer Redakteurin
RENATE RIES

KLEINWALLSTADT. Seit die AfD-Landtagsabgeordnete Ramona Storm in Kleinwallstadt im April ihr Bürgerbüro eröffnet hat, sorgt die Rechtsaußenpartei für Unruhe in der Marktgemeinde. Mit einer ganzseitigen Einladung im Amtsblatt zum »gemütlichen Kaffeetreff für Senioren« Mitte April haben Storm und ihr Team die Gemeinde mit ihren 5700 Einwohnern regelrecht in Aufruhr versetzt.

Wenige Tage vor der Europawahl schauen wir in den Ort, wo die AfD bei der Landtagswahl 2023 hinter der CSU das zweitbeste Ergebnis (Zweitstimmen) geholt hat. Mit 16,6 Prozent lag die selbsternannte »Alternative« deutlich vor Grünen (13,4 Prozent), SPD (11,3 Prozent), Freien Wählern (8,9 Prozent) und FDP (2,4 Prozent).

Damals gab es noch kein AfD-Bürgerbüro und noch keinen Kreisverband Miltenberg, dessen Vorsitzender Herbert Schulz in Kleinwallstadt wohnt. Am Tag des AfD-Kaffeekränzchens hatten Privatpersonen und die »Omas gegen Rechts« eine Kundgebung initiiert. Dem Aufruf sind 80 Menschen gefolgt, die Initiatoren hatten 300 Teilnehmer erwartet.

» Auch ein Zeichen gegen rechte Strömungen in unserer Gesellschaft setzen. «

Thomas Köhler, in der Vortragseinladung

Seitdem ist es in Kleinwallstadt still geworden. Zu still? Müssten die demokratischen Parteien im Ort klarer und sichtbarer Stellung für ihre Positionen und gegen die der AfD beziehen? Wäre ein deutliches Zeichen gegen Rechts, wie andere Kommunen es in diesem Jahr schon auf die Beine gestellt haben, nicht angebracht in dem Ort, der für die AfD einen besonderen Stellenwert hat?

Am Montag, 3. Juni, findet in der Kleinwallstädter Zehntscheuer der Vortrag »Ja zur Demokratie« statt. Redner ist der Aschaffener Landtagsabgeordnete und Ex-Justizminister Winfried Bausback (CSU). Anlass ist das 75-jährige Bestehen des Grundgesetzes. »Anlässlich dieses denkwürdigen Jubiläums laden die im Marktgemeinderat Kleinwallstadt vertretenen politischen Parteien und Gruppierungen fraktionsübergreifend ein«, heißt es auf der Homepage der Gemeinde. Extra hervorgehoben wird der Vortrag nicht, in unserer Zeitung war der Vortrag bisher nicht angekündigt. Das hat einen Grund.

Am 28. Mai hat Bürgermeister Thomas Köhler (CSU) die Redaktion per Mail eingeladen. In dem Schreiben hieß es, dass mit der Veranstaltung »auch ein Zeichen



Rund 80 Menschen demonstrierten am 27. April im Umfeld des Stimmkreisbüros der AfD-Landtagsabgeordneten Ramona Storm in Kleinwallstadt gegen die AfD und gegen Rechtsextremismus. Veranstalter waren Privatpersonen und die »Omas gegen Rechts«.

Archivfoto: Ralf Hettler

gegen rechte Strömungen in unserer Gesellschaft« gesetzt werden solle. Die Redaktion wollte im Vorfeld über die Veranstaltung berichten und hat bei Köhler nachgefragt, wo sich die von ihm erwähnten rechten Strömungen in Kleinwallstadt bemerkbar machen.

Den Rechten ein Podium bieten?

Per Mail teilt Köhler mit: »Dem Marktgemeinderat war es ein großes Anliegen, bewusst keine Demo, keine Mahnwache oder ähnliche Kundgebungen gegen die AfD zu unterstützen, um auf diese Weise nicht auch noch Werbung für sie zu machen.« Stattdessen soll mit dem Vortrag »Ja zur Demokratie« fraktionsübergreifend auf die Demokratie als Garant für

» Hass, Hetze, Lügen und Ausgrenzung haben keinen Platz in unserem Ort. «

Kleinwallstädter Erklärung für Vielfalt

Freiheit und Gleichheit hingewiesen werden. Und weiter: »Bevor wir nun – wie vom Main-Echo gewünscht – den rechten Strömungen noch ein Podium bieten, verzichten wir lieber auf einen Vorbericht.« Dieser Satz ist der Knackpunkt. Natürlich will die Redaktion rechten Strömungen kein Podium bieten. Mit einer für Transparenz schaffenden Berichterstattung tragen wir vielmehr dazu bei, dass Bürgerinnen und Bürger sich selbst ihre Meinung bilden können.

Wäre es nicht wichtig, Flagge zu zeigen – unabhängig von dem zweifelsohne guten und wichtigen Vortrag, so wie andere Gemeinden das auch schon getan haben. Wir haben bei Köhler telefonisch nachgefasst. »Was die anderen Gemeinden machen, ist uns erst

mal egal«, entgegnet Köhler. Er sieht den Vortrag als Startschuss und spricht von einer Veranstaltungskette. Er räumt ein, dass der Vorschlag für den Vortrag nicht von der CSU gekommen sei. Es sei »durchaus denkbar und nicht ausgeschlossen«, dass man weitere Aktionen für Toleranz und Vielfalt auf die Beine stelle. »Genaue Inhalte haben wir noch nicht.«

Der Vorschlag für den Vortrag kam von der SPD-Fraktion, wie Samuel Herrmann, der als Nachrücker neu im Gemeinderat ist, im Gespräch mit der Redaktion sagt. »Uns geht es um die Sache, dass etwas stattfindet«, sagt der stellvertretende Kreisvorsitzende.

SPD-Fraktionschef Marco Wetzelsberger berichtet von der Planung für ein SPD-Sommerfest im Zeichen der Demokratie und einer Veranstaltung im Herbst, die aber noch nicht spruchreif sei. Konkret sind hingegen die Pläne des Heimat- und Geschichtsvereins, dessen zweiter Vorsitzender Wetzelsberger ist. Am 18. Juni spricht der Nachfahre einer jüdischen Familie, die aus Kleinwallstadt in die USA geflüchtet ist, über jüdisches Leben zur NS-Zeit in der Gemeinde.

Erklärung für Vielfalt erarbeitet

Die SPD hat eine »Erklärung der Vielfalt« erarbeitet. Diese soll in den nächsten Tagen an alle Vereinsvorsitzenden verschickt werden. Man wolle möglichst viele Unterstützer finden, so Herrmann. In der Erklärung heißt es: »Wir wollen weiterhin ein Kleinwallstadt der Vielfalt. Hass, Hetze, Lügen, das Spielen mit Ängsten und Ausgrenzung haben keinen Platz in unserem Ort. Wir alle tragen unseren Teil dazu bei, dass ein Leben in Würde und Freiheit und insbesondere ohne Diskriminierung

weiter in Kleinwallstadt möglich ist. Für unsere Vielfalt.« Auch Bürgermeister Köhler verweist auf die »gemeinsam verfasste« Erklärung.

Während beispielsweise in Großostheim Bündnisse gegen Rechts und für Vielfalt von den Grünen geschmiedet wurden, halten sich die Grünen in Kleinwallstadt eher zurück. »Es wird genug gegen die AfD demonstriert«, sagt der Grünen-Marktge-

» Wir müssten aufstehen und demonstrieren. «

Hannelore Kreuzer, Grüne

meinderat Peter Landwehr-Büttner. Er verweist auf den Vortrag von Winfried Bausback als Mittel, für das man sich fraktionsübergreifend entschieden habe. Außerdem hätten Bürger Ende April bereits deutlich Flagge gezeigt. Er sagt auch: »Die Grünen wären bereit, mit den anderen etwas zu organisieren.« Momentan sei das nicht notwendig und die Zeit sei noch nicht reif. »Jetzt feiern wir erst mal das Grundgesetz.«

Seine Parteikollegin (und Schwester) Hannelore Kreuzer findet deutlichere Worte. »Wir müssten aufstehen und demonstrieren«, sagt sie. Sie finde es abschreckend, was da abgehe, sie wolle und könne sich aber nicht vorne hinstellen. Sie verweist auf ihre angeschlagene Gesundheit und auf die Gewalteskalationen gegen Politiker, die ihr Angst machten. Sie sieht die Politiker an der Basis auf sich gestellt. »Momentan ist die AfD eine demokratische Partei«, da seien einem die Hände gebunden. »Wenn nichts von oben kommt, muss man es so akzeptieren«, sagt sie mit Blick auf ein mögliches Verbotverfahren.

Ludwig Seuffert (FWG), Zweiter Bürgermeister, unterstützt Köhlers Kurs. »Wir sind absolut gegen Rechts«, aber »man muss überlegen, inwieweit man mit solchen Demos erreicht, was man erreichen will«. Eine Demo steht erstmal gar nicht zur Debatte.

Den Diskurs befördern

Der »richtige« Umgang mit der AfD ist eine Zerreißprobe für unsere Gesellschaft. Auch wir als Redaktion tun uns zuweilen schwer. Noch viel schwieriger ist der Umgang innerhalb der Politik. CSU-Mann Bausback bezieht hingegen sehr klar Stellung. Der Jurist warnt vor einem Scheitern eines AfD-Verbotsantrags. Und er unterstützte einen Beitritt der Stadt Aschaffenburg zum Bündnis »Aschaffenburg ist bunt« – trotz Grummeln in der eigenen Partei, die mit dem »bunten Haufen« fremdelt. Insofern ist Bausback vielleicht der perfekte Redner für die Veranstaltung am Montag in Kleinwallstadt, auch um den Diskurs in der Gemeinde zu befördern.

AFD-Vertreter sind keine eingeladen. Auch wenn Ramona Storm keine Hemmungen hat, das Grundgesetz zu feiern. Am 13. Mai hatte sie den Festakt zu 75 Jahre Grundgesetz im Maximilianeum in ihrem Kalender als Termin eingetragen.

Hintergrund: Vortrag an diesem Montag

Am diesem Montag, 3. Juni, hält Winfried Bausback, Bayerns früherer Justizminister, um 19 Uhr in der Zehntscheuer Kleinwallstadt den Vortrag »Ja zur Demokratie«. Veranstalter ist die Marktgemeinde. Anlass ist das 75-jährige Bestehen des Grundgesetzes. (re)